

# BERLINER RUFLOSCHAU



CDU hat Konzept  
für bezahlbares Wohnen



**Dresdner  
Beschlüsse**

für neue und bezahl-  
bare Wohnungen

Seite 2-3



**Jetzt endlich auch  
in Berlin**

gute Aussichten für  
öffentlichen Dienst

Seite 4

**SONDER-  
AUSGABE  
03/2013**

# Unser Ziel: bezahlbares Wohnen und schneller Wohnungsneubau

## Berliner CDU legt Konzept vor



Bis 2030 wird sich die Bevölkerung Berlins um 254.000 Menschen erhöhen. Die Folge: Der Bedarf an Wohnungen wird drastisch steigen. Damit sich die schon jetzt angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt zukünftig spürbar entschärft, hat die CDU-Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Dresden Strategien gemeinsam mit Experten des Berliner Mietervereins, der Investitionsbank und der Wohnungswirtschaft Strategien für einen schnellen Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen erarbeitet.

Erst mit der Regierungsbeteiligung der CDU wurde in Berlin auf die Entwicklungen am Wohnungs- und Mietmarkt reagiert. „Gerade in Berlin ist Mietpolitik auch Sozialpolitik. Indem wir das Wohnumfeld gestalten und sozialverträgliche Mieten sichern, erhöht sich die Lebensqualität der Menschen und die soziale Balance in den Kiezen wird gefördert“, erklärte der Landesvorsitzende der CDU Berlin und Bürgermeister, Frank Henkel.

Das Konzept stellt zunächst die hinreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum in den Vordergrund. So spricht sich die CDU für eine Mietbegrenzung in Großsiedlungen, für den Ankauf sogenannter Belegungsrechte und für die gezielte Förderung von familien- und altersgerechtem Wohnen aus. Ferner enthält es Maßnahmen, mit denen der erforderliche Wohnungsneubau erreicht werden soll. Dabei setzt die CDU-Fraktion nicht nur auf die Verantwortung städtischer Gesell-



schaften, sondern auch auf die Bildung von Privateigentum und den Wohnungsbau durch private Unternehmen. „Mit den Strategien für einen schnellen Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen in Berlin legen wir ein in sich schlüssiges und ausfinanziertes Konzept für den Berliner Wohnungsmarkt vor“, betonte der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Berliner Abgeordnetenhaus, Florian Graf. Matthias Brauner, mieten- und wohnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, hat maßgeblich am neuen Konzept mitgearbeitet. Er geht von mindestens 76.500 zusätzlichen Wohnungen aus, die im städtischen Bestand hinzukommen sollen (30.000), auch durch private Träger gebaut werden sollen (30.000), mit Mietpreisbindung über Belegungsrechte versehen sind (10.000) oder über Familienbaudarlehen gefördert werden sollen (6.500).

Mittels eines Wohnungsbaufonds will die CDU-Fraktion die geförderte Miete, die Belegungsrechte und die Familienbaudarlehen sowie die Förderung des altersgerechten Wohnens finanzieren. Bis 2019 soll dieser Fonds durch die Neubauförderung des Bundes sowie aus überplanmäßigen Rückflüssen aus dem Landeshaushalt bis auf 288 Millionen gespeist werden. „Mit dieser Ausfinanzierung wird verhindert, dass

Verpflichtungen zu Lasten kommender Generationen eingegangen werden“, versicherte Florian Graf.

Um das Konzept schnell umzusetzen, sind neben den für den Wohnungsneubau zur Verfügung stehenden Flächen beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren in den Bezirken notwendig. Hierfür sieht die CDU zusätzliche Personal- und Sachmittel vor und setzt mit Bezirksprämien für schnelle Baugenehmigungen auch hier auf ein Anreizsystem.

„Es muss alles daran gesetzt werden, schnellstmöglich die Stadt mit zusätzlichen Wohnungen zu versorgen, die für die Menschen bezahlbar sind. All dies bietet das vorgelegte Konzept.“, so CDU-Landeschef Frank Henkel.



Über den Wohnungsbau in Berlin diskutierten (v.l.n.r.): Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins e.V., Dr.-Ing. Hartmut Kalleja, Geschäftsführer der Unternehmensgruppe BAU-WERK-PLAN, Matthias Brauner, MdA, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, Ulrich Kissing, Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Berlin (IBB), Maren Kern, Mitglied des Vorstandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), Dr. Manuel Heide, MdA, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

### Meinungen zum CDU-Konzept

**Reiner Wild**, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins:  
„Der Berliner Mieterverein begrüßt die Initiative der CDU-Fraktion, hier umfassende Konzepte auch und gerade für die Schaffung preiswerten Wohnraums vorzulegen.“  
BBU-Vorstand **Maren Kern** verdeutlichte: „Der von der CDU-Fraktion vorge-

schlagene Wohnungsbaufonds ist aus Sicht des BBU ein richtiger und wichtiger Schritt für notwendigen und schnellen Wohnungsneubau.“ Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) repräsentiert Landesunternehmen und Genossenschaften mit insgesamt 600.000 Wohneinheiten.



V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin;  
Fotos: S.1, S.2: Fotolia@contrastwerkstatt; S.2: CDU-Fraktion; S.3: Schatz, Fotolia@fhmedien;  
S.4: Aboutpixel@LukaBecker, Yves Sucksdorff

# Gute Aussichten für den öffentlichen Dienst

**In Berlin verdienen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes seit Jahren weniger als in anderen Bundesländern. Seit April bekommen die Angestellten nun mehr Gehalt. Die Berliner CDU spricht sich daher dafür aus, dass auch die Beamtenbesoldung in Berlin angehoben werden muss.**

„Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes haben jahrelang ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Nach den Tarifangestellten muss auch den Beamten eine Perspektive für eine Besoldungsanpassung zum Niveau des Durchschnitts der Länder aufgezeigt werden“, stellte der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, klar.

1994 beschritt Berlin eigene Wege im Tarifrecht. Das Land gehörte von da an nicht mehr zur Tarifgemeinschaft der Länder (TdL). Für die Beschäftigten hatte dies finanzielle Einschnitte zur Folge. Am 1. Januar 2013 trat Berlin der Tarifgemeinschaft wieder bei. Bis spätestens Ende

2017 soll das Entgeltniveau durch entsprechende Erhöhungen wieder dem der TdL entsprechen. An einer solchen Perspektive fehlt es bislang bei der Beamtenbesoldung. Auch im Besoldungsrecht geht Berlin nach der Föderalismusreform eigene Wege. Im Ländervergleich liegt Berlin in der Frage der Höhe der Beamtenbesoldung an letzter Stelle. Frank Henkel kündigte an, sich als zuständiger Innensenator in den anstehenden Haushaltsberatungen für eine Anhebung der Beamtenbesoldung einzusetzen. „Ich bin mir mit den Gewerkschaften einig, dass etwas für die Beamtinnen und Beamten getan werden muss“, so Frank Henkel.

Auch die CDU-Fraktion widmete sich diesem für Berlin bedeutenden Thema. Auf ihrer Klausurtagung verabschiedete sie einen Beschluss, der vorsieht, die Beamtenbesoldung ab 2014 jährlich um die jeweilige Erhöhung der Abschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) zuzüglich 0,5 Prozent anzuheben, mindestens jedoch um zwei Prozent pro Jahr bis das Niveau des Durchschnitts der Länder

erreicht wurde. Für 2014 würde dies eine Steigerung um 3,45 Prozent bedeuten. „Mit unserem Beschluss wollen wir den Beamtinnen und Beamten zeigen, dass sie eine wichtig Arbeit für unsere Stadt leisten“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Florian Graf.

Die Beamtinnen und Beamten in Berlin beschäftigt zudem die für sie nach wie vor geltende Praxisgebühr. Frank Henkel hat auch dieses Thema auf seine Agenda gesetzt. „Wir arbeiten mit Nachdruck daran, die Praxisgebühr auch für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin abzuschaffen. Dies muss natürlich rückwirkend geschehen, damit die Berliner Bediensteten gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund finanziell nicht benachteiligt werden“, so der Innensenator.



## Erste Erfolge bei der Sicherheit im ÖPNV

**Immer wieder kommt es zu Gewalttaten im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Besonders erschütternd war beispielsweise die Hetzjagd auf den 23-jährigen Guiseppe M. an einem Bahnhof in Charlottenburg, die für den jungen Italiener tödlich endete. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat daher am Mittwoch zu einem verkehrspolitischen Gespräch zum Thema Sicherheit im ÖPNV ins Casino Hauptbahnhof Berlin geladen.**



Rede und Antwort standen Ingo Tederahn, Abteilungsleiter „Sicherheit“ bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), Peter Buchner, Vorsitzender der Geschäftsführung der S-Bahn Ber-

lin GmbH, Prof. Gerd Neubeck, Leiter Konzernsicherheit der Deutschen Bahn-AG, sowie Kai Wegner, MdB, Vorsitzender der Landesgruppe Berlin in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Generalsekretär der CDU Berlin. Unter Führung von Innensenator Frank Henkel hat es sich die gesamte Berliner CDU zur Aufgabe gemacht, die Versäumnisse der Vorgängerregierung bei der Inneren Sicherheit zu korrigieren - auch im ÖPNV. Der Ausbau der Videoüberwachung und die Verlängerung der Videospeicherfristen bei der BVG zeigen bereits Erfolge. Bei der BVG ging die Zahl der Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr um ein Fünftel zurück. Zudem konnten dank der Videoaufnahmen deutlich mehr Tatverdächtige identifiziert werden.

Busse und Bahnen sind also sicherer geworden. Aber der ÖPNV bleibt eine Herausforderung. Schließlich sind sehr viele Berlinerinnen und Berliner, aber auch die



meisten Gäste unserer Stadt, auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.

„Alle Fahrgäste sollen mit einem guten und sicheren Gefühl in den Bus, die U-Bahn, die Tram und natürlich auch in die S-Bahn steigen“, hob Kai Wegner hervor. Die Videoüberwachung auf den Bahnhöfen und in den Zügen müsse daher auch bei der S-Bahn ausgeweitet werden. Videoüberwachung könne aber das Aufsichtspersonal an den Bahnsteigen nicht ersetzen.

„Ich bin gegen Geisterbahnhöfe. Ansprechbare Mitarbeiter vor Ort können unmittelbar eingreifen und erhöhen zudem das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste“, stellte Kai Wegner klar.